

Haushaltsrede
Zur Einbringung des
Haushalts- und Investitionsplanes 2012 - 2015
am 13. Dezember 2011

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!! **Sperrfrist 17:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in den vergangenen Jahren möchte ich auch dieses Mal die Darstellung der Ausgangssituation an den Anfang meiner Rede zur Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2012 – 2015 stellen.

Dabei möchte ich die Situation in Deutschland und in Rheine mit der Großwetterlage vergleichen. Der diesjährige Herbst war geprägt von einem ruhigen und sonnigen Wetter, gleichzeitig zeigen sich aber am Horizont bedrohliche graue Wolken, ganz so wie im richtigen Leben.

Festzustellen ist, der Wirtschaft in Deutschland geht es weiter gut. Im Bereich des Handwerks „brummt“ es: Volle Auftragsbücher weit in 2012 hinein lassen die Unternehmer frohlocken. Die Arbeitslosenquote befindet sich – immer noch - auf einem historischen Tiefstand.

Die Steuerschätzungen vom Mai und November sagen auch der öffentlichen Hand weiter steigende Erträge voraus.

Letzes Jahr hatte ich in diesem Zusammenhang den Ökonomen Kai Carstensen zitiert: „Es kommen gute Jahre auf uns zu.“

1 Jahr später frage ich: Sind die Aussichten wirklich noch so rosig? Oder wird das Eis dünner?

Sehen wir dunkle Wolken also auch am Konjunkturhimmel?

Die großen Fragen, mit denen nicht nur wir uns beschäftigen, sind in etwa folgende:

- Wie lange hält die gute Lage der Unternehmen noch an?
- Greift die Schuldenkrise auch auf die Realwirtschaft über?
- Wird die Zahl von 29.000 Menschen im Kreis Steinfurt, die überschuldet sind, weiter steigen?
- Kann der rasante Anstieg des Kassenkreditvolumens der deutschen Kommunen – allein in 2010 2,8 Milliarden € zusätzlich – gestoppt werden?
- In welcher Weise werden die Banken ein Rating der Kommunen durchführen und wer berechtigt sie dazu?
- Und das führt dann zwangsläufig zu der Frage: Erhalten die Kommunen noch genügend Kredite, um die notwendigen Auszahlungen leisten zu können?

Die aktuelle „Schön-Wetter-Lage“ können sicherlich auch die meisten Firmen in Rheine bestätigen. Die weiterhin sehr niedrige Arbeitslosenquote von 4,7 % im November im Bezirk der Hauptagentur Rheine belegt dies.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den heimischen Unternehmen, die in der vergangenen Krise an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festgehalten haben und nun von ausgebildeten Fachkräften profitieren können. Es würde mich freuen, wenn wir auch weiterhin gemeinsam dafür Sorge tragen können, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ für die meisten Familien in Rheine eben nicht im Mittelpunkt stehen muss. Auf meine Unterstützung können Sie dabei zählen.

Aber auch diese guten Nachrichten sind nicht ungetrübt. So kann sich aufgrund der guten Konjunktur und der Demografie ein Fachkräftemangel für unsere Unternehmen ergeben. Nach einer IHK-Umfrage kann schon heute jeder dritte Betrieb seine offenen Stellen mangels Bewerberinnen und Bewerber nicht mehr besetzen.

Weiterhin werden wir es auch in den kommenden Jahren nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Stattdessen werden unsere Liquiditätskredite und der damit verbundene Zinsaufwand weiter ansteigen.

Der angekündigte Abzug der Heeresflieger hat uns geschockt und wird uns in nächster Zeit noch mehr als in unserem zurückliegenden über einjährigen Engagement für den Erhalt des Standortes intensiv beschäftigen. Auf vielen Ebenen haben bereits Gespräche zu den Möglichkeiten, den Beschluss zu revidieren bzw. die Folgen für uns abzumildern, stattgefunden. Wir werden weiterhin alles tun, um den berechtigten Interessen der Soldatinnen und Soldaten, ihrer Familien sowie aller anderen betroffenen Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen gerecht zu werden. Dabei sind wir natürlich auf die Mithilfe von Bund, Land, Kreis und auch von Ihnen angewiesen. Auf die Infoveranstaltung am 16.01.2012 ab 19:30 Uhr in der Stadthalle weise ich auch an dieser Stelle hin. Ich hoffe auf Ihr Erscheinen.

Generell gilt in der Haushaltsberatung für 2012: Auch bei der Beratung des Haushaltsplanes 2012 muss die Prämisse gelten, dass wir neue Projekte und Aufgaben nur aufnehmen, wenn sie unbedingt und alternativlos notwendig sind. Dabei dürfen wir aber die Konsolidierung nicht so weit treiben, unsere Aufgabe zu gefährden, den kommenden Generationen eine attraktive und lebenswerte Stadt zu hinterlassen, in der die Menschen sich wohlfühlen. Wir müssen Rheine zukunftsfähig halten!

Diesem Ziel haben wir uns in der Vergangenheit verpflichtet. Die folgenden Informationen zu den Fachbereichen belegen, dass wir dies auch in Zukunft tun werden.

Ich möchte Sie alle hier, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger bitten, an der Stabilisierung der städtischen Finanzen und der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit von Rheine weiterhin mitzuarbeiten. Die nächste Gelegenheit dazu besteht bei der Informationsveranstaltung zum Haushalt 2012 am 19. Januar im Josef-Winckler-Zentrum.

Lassen Sie mich nun noch konkreter werden und den Blick auf die Teilpläne unserer Fachbereiche richten.

Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung

Zum Sonderbereich 0 gehören die Produktgruppen Politische Gremien, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfung, Personalrat und Gleichstellungsstelle.

Das Budgetvolumen ist mit 2,9 Mio. € in Relation zu den anderen Fachbereichen relativ gering. Gleichwohl haben diese Produktgruppen für die Gesamtentwicklung unserer Stadt eine erhebliche Bedeutung, da sie in verschiedenen Bereichen erhebliche Initialwirkungen auf die gesellschaftlichen Institutionen und ehrenamtlich tätigen Gruppierungen haben. Besonders möchte ich deshalb in diesem Jahr die Bedeutung des Ehrenamtes hervorheben.

Die sozialen Wirkungen von bürgerschaftlichem Engagement sind unbestritten. Sich zu engagieren, steigert die eigene, ganz persönliche Lebensqualität. Engagement bedeutet teilzuhaben und das Zusammenleben aktiv mit zu gestalten. Eine im Auftrag des bayrischen Sozialministeriums erstellte Studie zum ökonomischen Nutzen des bürgerschaftlichen Engagements hat jedoch auch gezeigt: jeder in bürgerschaftliches Engagement investierte Euro erbringt einen Nutzen von ca. sieben Euro.

Wir tun also gut daran, trotz der zweifelsohne notwendigen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung die Rolle der Verwaltung in der Aktivierung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Blick zu behalten, und zwar in der Funktion als Impulsgeberin und "Ermöglicherin". Davon profitieren unser Gemeinwesen und unser Zusammenleben insgesamt.

Ein hohes Maß an Engagement und Aktivität hat in diesem Zusammenhang der zu Beginn des Jahres gemeinsam mit der Stiftung der Stadtwerke für Rheine ausgelobte 2. Stadtteilwettbewerb „Gemeinsam Zukunft gestalten – im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz“ ausgelöst. Aus 30 vorliegenden Bewerbungen wurden im Juni 14 Projekte für die weitere Umsetzung zugelassen, darunter auch das Projekt „Von innen nach außen – wie der nachhaltige faire Handel Rheine erobert“. Den Beschluss zur Zertifizierung der Stadt Rheine als Fair Trade Town haben wir ja eben gefasst. Und bei allen Projekten stand nicht die aus Stiftungsmitteln ermöglichte Anschubfinanzierung im Mittelpunkt, die in der Tat ohnehin sehr gering ist, sondern die Absicht, gemeinsam mehr zu erreichen.

Netzwerke von bürgerschaftlich Engagierten bilden sich im Falle des Stadtteilwettbewerbs von ganz allein. Die oftmals als Allheilmittel beschworene „Netzwerkbildung“ wird sicherlich auch manchmal überstrapaziert. In der Gestaltung unseres Gemeinwesens wird Netzwerken jedoch nicht aus der Mode kommen, sondern mehr denn je an Bedeutung gewinnen.

Angesichts des demografischen Wandels und veränderter Gesellschaftsstrukturen müssen wir uns nicht nur Gedanken um die Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen machen. Wir müssen auch unsere Begegnungs- und Treffpunkte für ältere Menschen in den Blick nehmen: Hierzu ein Beispiel: Mit dem Pilotprojekt „Bürgertreff“ als erste Umsetzungsmaßnahme des Sozialplans Alter haben wir gemeinsam mit der Kirchengemeinde Heilig

Kreuz ein innovatives Vorgehen zur Belebung und inhaltlichen Neuorientierung der dortigen Begegnungsstätte entwickelt.

Auch im Bildungsbereich gewinnt das bürgerschaftliche Engagement zunehmend an Bedeutung. Auf örtlicher Ebene sorgen zahlreiche Patenprojekte mit einer 1:1 Betreuung von Kindern und Jugendlichen für die Verbesserung schulischer Leistungen und sozialer Kompetenzen. Gleichzeitig bieten sie Orientierung und Begleitung im Übergang von der Schule in den Beruf. Gemeinsam mit der Euregio Gesamtschule wird von der Stabsstelle Bürgerengagement seit 2009 das Jobpaten-Projekt verantwortet, in dem aktuell 25 ehrenamtliche Patinnen und Paten aktiv sind. Bedingt durch das Engagement der Stabsstelle Bürgerengagement im Landesnetzwerk von Ausbildungspatenprojekte konnte aktuell eine finanzielle Förderung des Landesnetzwerkes durch verschiedene NRW-Ministerien erreicht werden, was auch zur nachhaltigen Stärkung unseres eigenen Jobpaten-Projektes beiträgt.

All diese Aktivitäten können dauerhaft jedoch nur wirken, wenn Sie in eine stabile Struktur städtischer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit eingebunden sind und durch diese begleitet werden. Das wird zukünftig in der notwendigen Form nicht mehr möglich sein. Der Beschluss der Ratsmehrheit, die Stelle des Pressesprechers der Stadt Rheine nach dem Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers zu streichen, wird nicht nur in diesem Bereich zu spürbaren Beeinträchtigungen führen. Beispielhaft sei genannt, dass die bisher sehr erfolgreiche Beteiligung der Stadt Rheine an der landesweiten Aktion „Ab in die Mitte“ ab 2012 nicht weitergeführt werden kann. Ich kann daher nur noch einmal an die Ratsmehrheit appellieren, den eingeschlagenen Weg der kw – Vermerke im städtischen Stellenplan nicht weiter zu verfolgen.

Die Bedeutung dieses Problems wird auch noch einmal in den später folgenden Ausführungen zum Fachbereich 7 deutlich.

Kommen wir zum **Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

Der Erweiterungsbau der **Don-Bosco-Hauptschule** soll im kommenden Jahr fertiggestellt werden. Die Baukosten werden rd. 2.500.000 €, die Einrichtungskosten rd. 120.000 € betragen.

Zum 01.08.2008 wurde der Ganztagsbetrieb beginnend mit Klasse 5 aufgenommen. Voraussetzung für die Genehmigung durch die Bezirksregierung war seinerzeit u. a. die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb. Nach einigen Jahren, in denen vor allem die Beköstigung in provisorischen Lösungen gewährleistet worden ist, werden nun ab Mai 2012 die räumlichen Voraussetzungen im Schulgebäude gegeben sein.

Im Zuge der Baumaßnahme werden u. a. ein neuer Verwaltungsbereich und eine Mensa mit 128 Sitzplätzen geschaffen, die es ermöglicht, in einem Zweischichtbetrieb über 250 Schülerinnen und Schüler zu beköstigen.

Die **Stadtbibliothek** trägt auch im Jahr 2012 dazu bei, dass Rheine eine „Vitale Innenstadt“ im Sinne unseres Leitprojektes 10 „Vitale Innenstadt“ behält. An ihrem Standort im Rathauszentrum kann sie jährlich fast 190.000 Besucher

registrieren und sorgt damit dafür, dass das Umfeld des Busbahnhofes und die Einkaufspassage attraktiv bleiben.

Ganz besonders tragen zur Belebung auch die ehrenamtlichen Vorleserinnen und Vorleser bei, die jeden Mittwochnachmittag eine „Sternstunde“ in der Bibliothek gestalten und Kindern Bücher durch Vorlesen nahe bringen. 2011 wurde das Vorleseteam von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für diese kontinuierliche Leistung mit dem kulturellen Ehrenamtspreis des Landes Nordrhein-Westfalen „Der Dank“ ausgezeichnet.

Ziel der zahlreichen Fußballvereine und der Sportpolitik in Rheine war und ist es, bis spätestens zum Jahr 2013 einen **Kunstrasenplatz** auf dem Vorfeld 1 des Jahn-Stadions fertig zu stellen. Die Standortentscheidung ist in einem Arbeitskreis Kunstrasenplatz einvernehmlich getroffen worden. Vertreten in diesem Gremium sind neben den Fußballvereinen der Stadt der Stadtverband sowie die Stadt Rheine.

Der Arbeitskreis beschäftigt sich bereits seit mehr als zwei Jahren mit diesem Thema. Eine Hürde auf dem Weg zur Umsetzung ist natürlich die Finanzierung: Hier hat der Sportausschuss in seiner Sitzung am 23.11.2011 einen Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt Rheine gefasst, durch Umschichtungen im Sportbudget Investitionsmittel in Höhe von 150.000 € zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wird der Kunstrasenplatz laut einem Gutachten aber mit 542.000 € zu Buche schlagen. Aufgabe des Arbeitskreises wird es also sein, ein Finanzierungs- sowie Nutzungskonzept für den Kunstrasenplatz zu erstellen. Eine finanzielle Beteiligung durch die Vereine ist in Anbetracht der noch erforderlichen Finanzmittel allerdings Grundvoraussetzung für die Realisierung.

Zum Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales

Bei den **Hilfen zur Erziehung** ist weiterhin eine steigende Fallzahl mit erhöhten Aufwendungen zu verzeichnen. Hier arbeiten wir daran, die Zugänge zu den Hilfearten und die Verlaufssteuerung der Hilfen zu optimieren.

Dabei kann und darf es keine Kompromisse bei Hilfen zur Absicherung des Kindeswohls geben. Im Jahre 2012 sind von daher seitens der Fachverwaltung weitere Konzepte zur Kostenreduzierung unter Beibehaltung von Kindeswohlinteressen zu entwickeln und schrittweise umzusetzen. Ein erster Schritt ist mit dem Konzept zur Reduzierung der ambulanten Hilfen gemacht worden. Dieser Weg muss konsequent weiter verfolgt werden.

Bei den **Tageseinrichtungen für Kinder** sind die Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder (U3) die wesentlichen Aufgaben.

Die Veränderungen im Schulrechtsänderungsgesetz im Bereich der Festlegung des Stichtages für den Beginn der Schulpflicht führen dazu, dass ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 Versorgungslücken eintreten werden, die nur durch die Schaffung zusätzlicher Gruppen aufgefangen werden können. Hinsichtlich weiterer Details möchte ich an dieser Stelle auf die dem

Jugendhilfeausschuss vorgelegte Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung verweisen.

Besorgniserregend ist, dass die Fördermittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes und des Landes zum Ausbau der U3-Betreuung nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung stehen. Ohne die Bereitstellung weiterer Fördermittel ist daher die Durchführung weiterer Ausbaumaßnahmen gefährdet und die Einlösung des bereits festgeschriebenen Rechtsanspruches auf die U3-Betreuung ab dem 01.08.2013 nicht zu gewährleisten.

Im Bereich der **Amtsvormundschaften** wird die bereits verabschiedete Reform des Vormundschaftsrechts dazu führen, dass eine Ausweitung des Stellenplanes um 2 Stellen unumgänglich ist: Das verabschiedete Gesetz sieht eine Fallzahlbegrenzung im Bereich der Vormundschaften vor. Die aktuelle Fallzahlbelastung der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt weit oberhalb der jetzt festgeschriebenen Fallzahlbegrenzung. Teile des neuen Vormundschaftsrechts sind bereits in Kraft und weitere Teile werden zum 01.07.2012 in Kraft treten. Ziel der Reform des Vormundschaftsrechts ist, dass es einen wesentlich engeren und intensiveren Kontakt zwischen dem eingesetzten Vormund und dem zu betreuenden Mündel gibt. Die Begründung für die vorgenommene Novelle ist in den in der jüngsten Vergangenheit veröffentlichten Missbrauchsfällen zu suchen. Die Notwendigkeit der Ausweitung im Stellenplan ist somit an dieser Stelle hinreichend begründet und umzusetzen.

Seit 2010 steigen die **Fallzahlen bei den Hilfen für Asylbewerber**, da Personen aus Serbien, Mazedonien und dem Kosovo nunmehr ohne Visum in Deutschland einreisen können. Diese Situation wurde noch durch den Abschiebeerlass, den sogenannten „Wintererlass“, bis zum 31.03.2011 verschärft, der die Aussetzung der zwangsweisen Rückführung von Angehörigen der ethnischen Minderheiten der Roma, Ashkali u. a. nach Serbien und die Republik Kosovo regelt.

Die Stadt Rheine bzw. das gesamte Münsterland hatten in den 90er Jahren sehr viele Asylbewerber aus den Balkan-Ländern, deren Visumpflicht jetzt entfallen ist. Da die Rückkehrer aus den genannten Staaten Folgeanträge stellen, werden sie dem Ort zugewiesen, dem sie bereits vor 10/15 Jahren zugewiesen waren. Deshalb ist die Situation im Münsterland gravierender als ggf. in anderen Landesteilen: In der Zeit vom 1. September 2010 bis zum 31. Mai 2011 sind insgesamt 44 Personen ohne Visumpflicht in Rheine eingereist. Nach Ablehnung des Asylantrages und Auslaufen des Wintererlasses sind viele in ihr Heimatland zurückgekehrt. Derzeit erhalten von den vorgenannten 44 Personen noch 16 Personen laufende Asylleistungen. Wie sich die Visumsfreiheit zukünftig auswirkt, ob es im kommenden Herbst erneut eine Einreisewelle geben wird und ob dann ggf. erneut ein „Wintererlass“ kommen wird, ist nicht abzusehen, aber auch nicht ausgeschlossen.

Die Fallzahlen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** steigen seit der Einführung im Rahmen der Hartz IV-Reform um durchschnittlich 7 Prozent pro Jahr. Auch hier ist eine Ausweitung des Stellenplans erforderlich.

Die Transferleistungen für diesen Leistungsbereich, die bisher aus dem Kreishaushalt gezahlt werden, sollen nach der Entscheidung des Bundestages vom 27.10.2011 stufenweise bis zur vollständigen Übernahme im Jahr 2014 vom

Bund übernommen werden. Hierzu ist jedoch noch die Zustimmung des Bundesrates erforderlich.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang allerdings folgender Umstand: Der Bund orientiert sich bei der Erstattung der Transferleistungen an den Ausgaben des Vor-Vorjahres, so dass der Kreishaushalt aufgrund der stetig steigenden Fallzahlen auch in Zukunft belastet wird. Demgegenüber verbleiben die Personalkosten bei der Stadt Rheine, da diese Personalkosten im Gegensatz zum SGB II eben nicht durch den Kreis erstattet werden.

Zum **Fachbereich 3 – Recht und Ordnung**

Der Fachbereich Recht und Ordnung ist geprägt durch Pflichtaufgaben. Im Wesentlichen orientiert sich daher das Niveau der Haushaltsansätze mit Ausnahme der nachfolgenden Ausführungen an den Vorjahren.

Für die Feuerwehr ist nach der **Inbetriebnahme des Gerätehauses in Mesum** sowie des im aktuellen Jahr geplanten **Ausbaus des Wechselladersystems** im Jahr 2012 zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Wehr die **Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges** für ein abgängiges 25 Jahre altes Fahrzeug vorgesehen. Eingeplant müssen hierfür 330.000 Euro. Ebenso ist es dringend erforderlich, die überaltete **EDV-Anlage bei der Feuer- und Rettungswache** mit erheblichen Mitteln umzurüsten.

Ein weiteres großes Vorhaben im Bereich des Feuerschutzes wird uns in den kommenden Jahren beschäftigen: nach dem Brandschutzbedarfsplan ist es erforderlich, **für den Löschzug rechts der Ems ein neues Feuerwehrgerätehaus** zu errichten. Die notwendigen Grundlagenbeschlüsse hierzu sind politisch getroffen worden. Die Verwaltung ist mit der Standortauswahl betraut. Der Grunderwerb und die Realisierung der Baumaßnahme werden erhebliche finanzielle Anstrengungen bedeuten.

Im Mai des kommenden Jahres ist die Feuerwehr Gastgeber der **Landesdelegiertenversammlung des Feuerwehrverbandes NRW** sowie des **Kreisfeuerwehrtages**. Beide Ereignisse sollen erneut zum Anlass genommen werden, die vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr öffentlichkeitswirksam darzustellen, um auch in Zukunft weiter Freiwillige für den ehrenamtlichen Dienst gewinnen zu können, was zunehmend schwieriger ist. Freiwillige zu gewinnen aber ist zwingend erforderlich, um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Für diese aus unserer Sicht notwendige Werbung ist ein Betrag von 5.000 Euro vorgesehen.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit dem Kreis Steinfurt ist es bekanntlich gelungen, einen neuen **Vertrag für den Rettungsdienst** auszuhandeln. Die erheblichen finanziellen Verbesserungen finden sich nunmehr auch im Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2012 wider. Auch in Zukunft wird es immer wieder erforderlich sein, die Aufgaben- und Kostenverteilung kritisch im Blick zu haben.

Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Die Vermarktung der **städtischen Wohnbaugrundstücke** verlief in 2011 sehr positiv. Besonders hervorzuheben ist das Baugebiet Wohnpark Dutum. Hier werden in diesem Jahr voraussichtlich rund 600 T€ Mehreinzahlungen erzielt.

In den Baugebieten Hilgenfeld-Ost und Eurode in Hauenhorst sowie den Baugebieten Rodde I und Schmidts Kämpken in Elte konnte diese Entwicklung nicht festgestellt werden. Trotz teilweiser gesenkter Grundstückspreise bleibt die Nachfrage hier immer noch verhalten.

Die Vermarktung der **Grundstücke in den Gewerbegebieten** verlief in 2011 ebenfalls besser als geplant. Es wird in 2011 mit ca. 700 T€ Mehreinzahlungen gerechnet. Mit den neuen Gewerbegebieten Rheine R und dem Innovationsquartier bietet die Stadt Rheine auch in naher Zukunft interessante Gewerbeflächen an. Darüber hinaus werden wir zukunftsorientiert die Grundlagen für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen schaffen.

Im Bereich der Liegenschaften stehen im kommenden Jahr aber noch 2 weitere Projekte an: Zum einen geht es darum, ein Konzept für den Umgang mit **Erbbaurechten** zu entwickeln, da in den nächsten Jahren einige Rechte auslaufen werden. Außerdem ist eine Anschlussregelung für den aktuellen Vertrag über die **Werbung auf städtischen Grundstücken** zu erarbeiten.

Alle Kommunen in NRW müssen nach den Vorgaben des Neuen kommunalen Finanzmanagements einen **Gesamtkonzernabschluss** erstellen. Das hatte zur Folge, dass die Kernverwaltung und alle voll zu konsolidierenden Beteiligungen erste Teile ihrer Buchhaltung bereits umstellen mussten. In 2012 soll dann nach Vorlage des städtischen Abschlusses für 2010 der erste Konzernabschluss erstellt werden. Hierzu ist die Unterstützung und Hilfe unserer städtischen Beteiligungen unverzichtbar. Auch in diesem Bereich ist also mit einem erhöhten Personaleinsatz zu kalkulieren.

Die **Pensionslasten** stellen auch in Rheine eine immer größer werdende Belastung dar. Der Fachbereich 4 prüft deshalb zurzeit verschiedene Alternativen zur finanziellen Absicherung der Pensionslasten und bereitet für das kommende Jahr eine Grundsatzentscheidung für den Rat vor.

Die Finanzbeziehungen zu den **städtischen Beteiligungen** stellen vom Umfang her einen bedeutsamen Anteil in der Produktgruppe Finanzen dar. Von der Stadtsparkasse Rheine und den Stadtwerken Rheine sollen für 2012 netto jeweils 500 T€ als Unterstützung zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Weitere Zahlungen sind in den Folgejahren eingeplant. Daneben stehen heute noch einige Wirtschaftspläne von städtischen Unternehmen auf der Tagesordnung. Die daraus resultierenden Veränderungen müssen noch in den endgültigen Haushalt eingearbeitet werden.

Im Bereich Steuern werden wir den Beschluss einer neuen **Vergnügungssteuersatzung** vorbereiten. Dies ist erforderlich, da gesetzliche Anforderungen und die Rechtsprechung eine Anpassung des Steuermaßstabes erfordern.

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

Aufgrund des HFA-Beschlusses vom 08.11.2011 haben wir inzwischen den Zuschussantrag für das Projekt „**Soziale Stadt**“ gestellt und die finanziellen Auswirkungen in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen. In den nächsten Jahren wird dieses Sonderprojekt sicherlich noch häufig zu Beratungen und Beschlüssen im HFA und im Rat führen.

Auch beim Projekt **Ems-Galerie** wird der Fachbereich 5 in 2012 weiterhin zu vielen Fragestellungen gefordert sein.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich an dieser Stelle zur Sozialen Stadt und zur Ems-Galerie den engagierten und unermühtlichen Einsatz meiner Mitarbeiter/innen im FB 5 unter Leitung von Herrn Kuhlmann und unseres fachbereichsübergreifenden Projektmanagements unter Leitung von Herrn Strauch sowie die Arbeit der EWG, hier insbesondere Herr Dr. Janssen und Herrn Hofschroer, bei der Projektierung der Ems-Galerie. Beide Projekte haben allen Beteiligten ein Höchstmaß an Kraft, Energie, Frustrationstoleranz und Engagement abgefordert bis hin zur jetzt vorliegenden Beschlussreife.

Und es darf auch einmal gesagt werden: Wir als Rat können stolz sein auf unsere Mitarbeiter und –innen.

Fortfahren möchte ich mit den **öffentlichen Verkehrsflächen**.

Im Jahr 2012 ist der Umbau der **L 593/Konrad-Adenauer-Ring** zwischen der Hansaallee und dem Friedrich-Ebert-Ring vorgesehen. Das Projekt hat ein Finanzvolumen von 1,1 Mio. € und wird größtenteils durch Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert. Der städtische Anteil ist in den Jahren 2011 und 2012 im Haushaltsplan veranschlagt.

Nach Fertigstellung der Turnhalle der Euregio Gesamtschule soll im kommenden Jahr außerdem mit dem Ausbau der **Elter Straße** begonnen werden. Zuvor wird der vorhandene Entwässerungskanal in Teilabschnitten erneuert.

Als größeres innerstädtisches Projekt ist im Jahr 2012 der Ausbau der **Poststraße** vorgesehen. Die Ausbauplanung wurde bereits am 22. September 2011 im Bauausschuss diskutiert. Aufgrund dieser Baumaßnahme wurde der Ausbau der Marktstraße/Auf dem Thie im Investitionsprogramm um 1 Jahr verschoben.

In neuen **Siedlungsgebieten** sollen folgende Straßen ausgebaut werden:

- Schwedenstraße, 2. Stichweg
- Holländerstraße, Teil 1
- Kollwitzstraße
- Sachsstraße
- Teilstück der Sutrumer Straße
- Teilstück der Dutumer Straße
- Teilstück der Felsenstraße
- Herefortstraße

Für den Wohnpark Dutum Teil II ist die Erstellung der Baustraßen vorgesehen.

An **Radwege**baumaßnahmen sind 2012 geplant:

- Fertigstellung des Radweges Rheine – Coesfeld zwischen der K 77 und dem Staelskottenweg
- Neubau von Radwegen an der Bergstraße zwischen dem Friedrich-Ebert-Ring und der Canisiusstraße – Die Maßnahme ist bereits in Bau; die Fertigstellung ist im Jahr 2012 vorgesehen.
- Radweg entlang der K 69 zwischen der Bühnertstraße und der Bauerschaftsstraße – Hierbei handelt es sich um ein Projekt des Kreises Steinfurt, an dem die Stadt Rheine beteiligt ist.
- Fuß- und Radweg im Wohnpark Dutum – Teil 1
- Bürgerradweg zwischen Kanalhafen und Rodde - 3. Bauabschnitt
- Bürgerradweg entlang der L 593 zwischen der Anschlussstelle Rheine und der Gemeindegrenze Hörstel-Dreierwalde

Im Bereich des **Hochbaues** sollen nach der Inbetriebnahme der Mensa am Kopernikus-Gymnasium im kommenden Jahr die Mensa und die Schulerweiterung der Don-Bosco-Schule in Mesum in Betrieb gehen. Die Kosten und weitere Hintergründe hatte ich Ihnen schon bei den Informationen zum Fachbereich 1 dargestellt.

Für den Neubau der **Feuerwehr rechts der Ems** werden die vorbereitenden Planungen weiter konkretisiert.

Weitere Projekte im Hochbau sind:

- der Ausbau der Aufzugsanlage an der Grüterschule,
- die Erneuerung der Naturwissenschaften am Emsland-Gymnasium,
- die weitere Umsetzung des Brandschutzprogramms mit einem Kostenvolumen von 200.000,00 € sowie
- die energetische Sanierung von Beleuchtungskörpern, wofür 150.000 € eingeplant sind.

Das Programm der **Bauunterhaltung** einschließlich der Mittel für den Brandschutz wird dem Bauausschuss in der letzten Sitzung dieses Jahres vorgelegt. Insgesamt werden für die Erhaltung städtischer Gebäude 2,42 Mio. € aufgewendet.

Die Bahnflächen im **Innovationsquartier** an der Lindenstraße werden Anfang des Jahres 2012 so weit hergestellt sein, dass die weitere Vermarktung erfolgen kann.

Der Bau des **Fußgängertunnels** (Aufschneiden der Triebfahrzeughalle) ist bereits ausgeschrieben und wird im Jahre 2012 umgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass der Tunnel dann auch noch im Jahr 2012 in Betrieb genommen werden kann. Hoffen wir, dass dann auch die Aufzüge funktionieren!

In **Rheine R** wird die Erschließung und Bodensanierung Anfang des kommenden Jahres abgeschlossen. Auch hier stehen die Flächen für die Vermarktung zur Verfügung. Die große Zukunftsaufgabe in diesem Bereich ist die Umsetzung der Querspange zwischen der B 481 und der K 77. Die Stadt Rheine hat ihre Finanzierungsanteile zu dem Projekt in den Haushalt eingestellt.

Die **Kaserne Gellendorf** - Gartenstadt Gellendorf - wird neben den Bahnflächen als Sonderprojekt im Haushalt geführt. Nach Fertigstellung der Graf-von-Stauffenberg-Straße und des Kinderspielplatzes wird das Projekt mit der Herstellung eines Teilstückes des Georg-Elsner-Ringes weitergeführt.

Die **Hochwasserschutzanlage Timmermanufer** soll bekanntlich in den Jahren 2014 und 2015 umgesetzt werden. Um das Projekt baureif zu machen, sind für 2012 Planungskosten eingestellt worden.

Für das **Gewerbegebiet Baarentelgen-Nord** ist der Bau der Egon-Senger-Straße und der Harkortstraße (als Baustraße) eingestellt worden.

Zum Fachbereich 7 – Interner Service

Der Fachbereich „Interner Service“ wird auch im Jahr 2012 mit den 2 Produktbereichen Personal und Organisation für die personelle und sächliche Ausstattung der Stadtverwaltung sorgen und damit die Grundlage für die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Aufgabenerledigung und Leistungserstellung in der Stadtverwaltung schaffen.

Ein Schwerpunkt wird in diesem Kontext darin bestehen, die Fachbereiche bei den Überprüfungen und Maßnahmen zu unterstützen, die dadurch notwendig werden, dass der Rat der Stadt Rheine in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 33 kw – Vermerke in den Stellenplan der Stadt Rheine aufgenommen hat. Diese Beschlüsse haben sich bereits in diesem Jahr ausgewirkt und werden auch im Jahre 2012 zu erheblichem organisatorischem Mehraufwand führen; ohne dass diesem Aufwand nennenswerte Wertschöpfungen gegenüber stehen. Es ist bedauerlich, dass die durch diese Beschlüsse gebundenen organisatorischen Kapazitäten in der Stadtverwaltung nicht für die Arbeiten eingesetzt werden können, die tatsächlich zu einer Effizienzsteigerung in der Stadtverwaltung führen würden. Die bisherige Bilanz bestätigt das.

Von den in den Jahren 2011 und 2012 betroffenen 13 kw – Stellen wurden aufgrund umfangreicher und mit ganz erheblichem Aufwand gefertigter Beschlussvorlagen 12 kw – Vermerke aufgehoben. Allein der kw – Vermerk des Stadtpressesprechers wurde - und da bin ich mir sicher - aus politisch motivierten Gründen nicht gestrichen. Diese Stelle wird daher mit dem Ausscheiden des Stadtpressesprechers zum 01.04.2012 wegfallen. Das ist eine in Städten vergleichbarer Größenordnung und Struktur einmalige Situation. Die Auswirkungen auf unsere Stadtgesellschaft und die bisherigen erfolgreichen Aktivitäten in diesem Bereich werden erheblich sein; und zwar negativ! Diese Situation ist umso bedauerlicher, als die Stadtverwaltung sich bereits im Jahre 2008 im Rahmen der Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 – 2015 verpflichtet hat, von 75 frei werdenden Stellen 18 einzusparen; und dieses Ziel wird nach den aktuellen Erkenntnissen auch erreicht werden.

Meine Damen und Herren der Ratsmehrheit, ich habe seit über 7 Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass es Ihr Bestreben ist, mir meine Arbeit nicht eben leicht zu machen:

Politische Diskussionen und der Streit um den „richtigen“ Weg gehören zu einer Demokratie und stehen uns allen als Demokraten gut zu Gesicht: Politische Diskussionen sind unabdingbar, sie sind wichtig und das alles ist gut so, aber: und das sage ich heute sozusagen anlassbezogen, lassen Sie Ihren Unmut über die Bürgermeisterin nicht an meinen Mitarbeitern aus – das wird Ihnen bei den nächsten Wahlen keine Wählerstimme mehr einbringen. Ich habe meine Arbeit – unabhängig von meinem Parteibuch – immer in überparteilicher Funktion zum Wohle der Gesamtstadt verstanden und verstehe sie auch weiterhin so, und so verstanden haben sie mich alle auch künftig an Ihrer Seite, wenn es darum geht, „der Stadt Bestes zu suchen“.

In diesem Sinne erwarte ich von Ihnen, unserer Stadt die „Stadtressestelle“ wieder zurückzugeben.

Zurück zu den weiteren Aufgaben im Fachbereich 7, zur Organisation:

Ein Schwerpunkt im Produktbereich Organisation wird der weitere schrittweise Ausbau unseres Enterprise Content Managementsystems, kurz ECM genannt, sein. Unter dieser Bezeichnung verstehen die Fachleute, analoge Papierdokumente in ein digitales, elektronisches System zu übertragen und dort mit den Möglichkeiten moderner Informationstechnologie zu verarbeiten. Diese neue Technik wird mittelfristig in der gesamten Stadtverwaltung zu einer erheblichen Veränderung in der praktischen Aufgabenerledigung führen. Die inzwischen vorliegenden Erfahrungen mit einigen Pilotanwendungen bestätigen, dass in diesen Verfahren dauerhaft erhebliche Rationalisierungspotentiale liegen. Die zunächst erforderlichen Investitionen in die notwendigen Hard- und Softwarekomponenten werden sich schon nach relativ kurzer Zeit amortisieren.

Im Bereich des Personalservice wird uns auch im kommenden Jahr ein Thema beschäftigen, welches für nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Auswirkungen haben wird, die leistungsorientierte Bezahlung der tariflich Beschäftigten. Erstmals wird im März 2012 der leistungsorientierte Entgeltanteil an ca. 400 tariflich Beschäftigte ausgezahlt werden. Die Evaluation und Weiterentwicklung unseres Zielvereinbarungssystems wird auch im Jahre 2012 einen bedeutenden Anteil der Arbeit der Personalverwaltung ausmachen. Bereits jetzt kann festgestellt werden, dass dieses Personalentwicklungsinstrument seine Wirkung nicht verfehlen und zur Optimierung der Leistungserbringung der Stadtverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt führen werden.

Von der leistungsorientierten Bezahlung sind nach wie vor unsere beamteten Kolleginnen und Kollegen ausgeschlossen. Hierfür gibt es keine objektiv nachvollziehbare Begründung. In vielen NRW-Kommunen gilt die leistungsorientierte Bezahlung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich verweise diesbezüglich auch auf die Regelung des Kreises Steinfurt: Im Kreishaus sind die Beamtinnen und Beamten in diese Regelung eingeschlossen. Ich werde deshalb in den nächsten Wochen erneut das Gespräch mit den Fraktionen bzw. –Vorsitzenden suchen, um diese Ungleichgewichtigkeit aufheben zu lassen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nunmehr – wie in der vergangenen Jahren üblich - auf die städtischen Personalaufwendungen insgesamt eingehen. Bevor ich zu den konkreten Beträgen berichten werde, ist ein kleiner Exkurs in die

Haushalts- bzw. Bilanzarithmetik erforderlich. Seit Einführung der Doppik bereitet es zunehmend Probleme, beim „Personalkostenmanagement“ die Aufwendungen trennscharf darzustellen, die durch konkrete operative Personal- und Organisationsmaßnahmen unmittelbar beeinflussbar sind. Konkret geht es um die gesetzlichen Regelungen zur bilanztechnischen Darstellung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den durch Gesetz beschlossenen Gehaltserhöhungen: Wenn zum Beispiel wie in diesem Jahr ein Gesetz verabschiedet wird, welches Gehaltserhöhungen für mehrere Jahre vorsieht, muss der sich hieraus ergebende Gesamtbetrag für alle betroffenen Haushaltsjahre im Jahre 2011 in einer Summe „rückgestellt“ und damit ergebnisverschlechternd veranschlagt werden. Die Verwaltung prüft zurzeit verschiedene Möglichkeiten zur Entschärfung dieses Effektes. Ob damit noch Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2012 und Folgejahre verbunden sind, lässt sich aber noch nicht hinreichend absehen.

Ich komme nun zu den konkreten Zahlen.

Die Personalaufwendungen werden auch im Jahre 2012 den zweitgrößten Aufwendungsblock darstellen; und zwar mit 26,8 Mio. €. Damit werden die Gesamtpersonalaufwendungen im Jahre 2012 voraussichtlich ca. 250.000 € unter der bisherigen Planung für 2012 und ca. 240.000 € über dem durch Personalmaßnahmen steuerbaren Ergebnis 2011 liegen. Das entspricht einer Steigerungsrate gegenüber 2011 von unter 1 %. Die zu erwartenden tariflichen bzw. gesetzlichen Entgelt- und Gehaltserhöhungen wurden mit rund 2 % eingeplant. Damit liegt die tatsächliche Steigerungsrate bei den Personalaufwendungen im Jahre 2012 – wie bereits im Jahre 2011 – deutlich unterhalb der tariflich und gesetzlich vorgegebenen Erhöhungen.

Diese Zahlen beweisen, dass das Stellen- und Personalkostenkonsolidierungskonzept der Stadt Rheine greift; und zwar auch ohne politisch veranlasste kw – Vermerke.

Die Verwaltung wird diesen Weg auf der Grundlage der Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung konsequent fortsetzen und alle organisatorischen, personellen und technischen Möglichkeiten ausschöpfen, um auch zukünftig einen maßgeblichen Anteil zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Ich bitte Sie daher nochmals, uns bei den weiteren Anstrengungen zur Personalkostenreduzierung und Optimierung konstruktiv zu unterstützen und dabei auf vermeidbare Erschwernisse durch unnötigen Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Erstellung umfangreicher Ausschussvorlagen zur Aufhebung der kw – Vermerke zu verzichten.

Meine Damen und Herren,
soweit die Gegebenheiten für den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Zusammenstellung der notwendigen Daten mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fach- und Sonderbereichen.

Zusammengefasst: Der Ergebnisplan weist für 2012 ein negatives Jahresergebnis von 15,12 Mio. € aus. Auch in den Folgejahren kann der Haushaltsausgleich nicht sichergestellt werden. In allen Planungsjahren ist die allgemeine Rücklage

entsprechend zu vermindern. **Diese Verringerung der allgemeinen Rücklage bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.**

Meine heutige Rede möchte ich schließen mit Hinweisen und Forderungen zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land, Kreis und Kommunen.

Dazu möchte ich zunächst aus einem überregionalen Kommentar aus einer Tageszeitung zur Situation des Landschaftsverbandes zitieren: „Aufgaben von oben nach unten durchzureichen, ist eine beliebte politische Praxis. Vom Bund auf die Länder, von dort zu den Kommunen. Die stehen in der Hierarchie ganz unten und sind die Dummen.“

Der Kommentar schließt mit der Forderung: „Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen. Dieser Grundsatz hat etwas mit Anstand zu tun, er ist im normalen Leben die Regel. Es wird Zeit, dass dieses Prinzip das Geschachere des politischen Alltags ersetzt.“ Zitat Ende.

Nur wenn das in diesem Kommentar angesprochene Konnexitätsprinzip zukünftig umgehungssicher ausgestaltet wird, haben wir eine Chance, die notwendigen finanziellen Grundlagen zu schaffen, um unseren Aufgaben als Kommune ausreichend nachzukommen.

Kommunen gestalten das Leben vor Ort. Sie kümmern sich beispielsweise um die Kindesbetreuung, die Vorhaltung und Sanierung von Schulen, die Förderung von Kultur und Sport, die Beseitigung von Abwasser und die Stärkung des örtlichen Handwerks durch Investitionen – dies alles jedoch mit immer weniger finanziellen Mitteln.

Helfen würde uns in diesem Zusammenhang, wenn der Kreis seine Verbesserungen aus dem Finanzausgleich des Landes vollständig an die Kommunen weitergeben und gleichzeitig seine Ausgleichsrücklage zur Stützung der Städte und Gemeinden einsetzen würde.

Weiterhin benötigen wir gleichwohl die Hilfe des Landes NRW, damit die finanzielle Grundausstattung der Kommunen verbessert werden kann. Dazu muss die Schlüsselmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz merklich erhöht werden.

Schließlich dürfen sich die in letzter Zeit explosionsartig gestiegenen Belastungen im Sozialbereich nicht weiter erhöhen. Betragen die Belastungen für die Kommunen im Jahr 2000 noch 26 Milliarden €, waren es 2010 schon 42 Milliarden €. Um hier ein ungebrochenes Ansteigen zu verhindern, sind weitere Umverteilungen der Soziallasten durch den Bund erforderlich.

Es gilt deshalb uneingeschränkt weiter die letztjährige Forderung aus dem gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen „Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben“.

In diesem Sinne hoffe ich, dass der folgende Vergleich für Rheine nie Realität wird:

„Schulden sind wie Kinder: Je kleiner sie sind, desto mehr schreien sie.

Schulden sind wie Kinder: Je größer sie sind, desto mehr wachsen sie uns über den Kopf.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!